



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

2013/2006(INI)

21.6.2013

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und
Lebensmittelsicherheit

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zur Reindustrialisierung Europas zwecks der Förderung von
Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit
(2013/2006(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Tadeusz Cymański

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission „Eine stärkere europäische Industrie bringt Wachstum und wirtschaftliche Erholung“ (COM (2012)582),
 - in Kenntnis der Mitteilungen der Kommission „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ (COM(2011)112) und „Fahrplans der Kommission für ein ressourcenschonendes Europa“ (COM(2011)571),
 - unter Hinweis auf die Grundsätze der EU und insbesondere auf das Vorsorgeprinzip,
 - in Kenntnis des Siebten Forschungsrahmenprogramms und dessen Vorschlägen zur Forschung im Bereich Energie,
 - unter Hinweis auf seine Schriftliche Erklärung 16/2007 vom 22. Mai 2007 zur Schaffung einer umweltfreundlichen Wasserstoffwirtschaft und zur Initiierung einer dritten industriellen Revolution in Europa durch eine Partnerschaft mit den engagierten Regionen und Städten, KMU und Organisationen der Zivilgesellschaft,
 - unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 15. März 2012 „Fahrplan für den Übergang zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft bis 2050“ und vom 24. Mai 2012 „Für ein ressourcenschonendes Europa“,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 11. September 2012 zur Rolle der Frau in der grünen Wirtschaft,
- A. in der Erwägung, dass sich die Europäische Union finanziellen, sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen muss, sowie in der Erwägung, und dass der Anstieg der Energiepreise, die zur Neige gehenden Rohstoffe, die Verlagerungen von Arbeitsplätzen, der Verlust von Marktanteilen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa Krisen ausgelöst haben;
- B. in der Erwägung, dass die Wirtschaft der wichtigsten Schwellenländer (vor allem in Brasilien, Russland, Indien und China) weiter schnell wächst und diese Staaten eine ambitionierte, stark auf Technologie und industriellen Innovationen ausgerichtete Industriepolitik verfolgen, um bei der Qualität aufholen und ökologischer produzieren zu können;
- C. in der Erwägung, dass die EU beim Umweltschutz und beim Kampf gegen den Klimawandel Fortschritte erzielt hat;
- D. in der Erwägung, dass die EU eine Strategie verfolgt, um Öko-Innovationen und technische Entwicklungen zu fördern und langfristig die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilindustrie der EU zu verbessern;

- E. in der Erwägung, dass zur Verbesserung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und zur Schaffung der Grundlagen für eine Reindustrialisierung Europas eine proaktive Industriepolitik erforderlich ist, die sich auf ein neues Paradigma stützt; sowie in der Erwägung, dass eine korrekte Einschätzung sämtlicher Ressourcen, menschlicher und natürlicher, und deren nachhaltige Nutzung im Zentrum dieser Wirtschaftspolitik stehen sollte;
1. bedauert, dass die Kommission keine konkreten Vorschläge zur Rettung der Industriezweige unterbreitet hat, die unter der Krise zu leiden haben und wenig Mehrwert erwirtschaften oder aber internationalem Dumping ausgesetzt sind, aber trotzdem von echtem strategischen Interesse für die EU sind, wobei hier vor allem eine Unterstützung im Rahmen öffentlicher Vergabeverfahren angebracht wäre, wie es auch bei unseren internationalen Mitbewerbern üblich ist;
 2. bedauert, dass die Kommission keine Neuausrichtung der Landwirtschaft und des Nahrungsmittelsektors hin zu umweltfreundlicheren Methoden vorgeschlagen hat, wobei sie auch die potenziellen Konflikte zwischen der Erzeugung von Lebensmitteln und von industriell verwertbaren Produkten hätte berücksichtigen müssen;
 3. bedauert, dass die öffentliche und unabhängige Forschung im Bereich der Auswirkungen mancher industriellen Entwicklungen, insbesondere auf den gesundheitlichen Bereich sowie den Umweltsektor, nicht als Grundvoraussetzung für die Entwicklung neuer Wirtschaftszweige bekräftigt wird;
 4. bedauert, dass die Kommission nicht ihre Verbundenheit mit dem Vorsorgeprinzip in den Wirtschaftszweigen bekräftigt hat, in denen Technologien zum Einsatz kommen, deren Risikolosigkeit nicht eindeutig belegt ist;
 5. ist besorgt angesichts der Tatsache, dass zwischen den EU-Mitgliedstaaten die Unterschiede bei Wettbewerbsfähigkeit und Industrialisierung zunehmen; verweist auf die Bedeutung des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und die Synergien zwischen dem Kohäsionsfonds und Mitteln für Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung (Rubrik 1A);
 6. unterstützt die Bemühungen der Kommission, Europa an die Spitze bei Innovationen zu bringen und dabei Verantwortung zu übernehmen, insbesondere indem die Wirksamkeit öffentlicher Mittel für Forschung und Entwicklung erhöht wird, etwa durch Programme wie Horizont 2020, und fordert die Kommission auf, sich für einen geeigneten Rahmen zur Erhöhung der privaten Mittel einzusetzen; fordert in diesem Zusammenhang, dass ein größerer Schwerpunkt auf arbeitsintensive Sektoren gelegt wird, in denen Humanressourcen geschaffen werden;
 7. begrüßt das Ziel der Kommission, eine ehrgeizige und nachhaltige europäische Industriestrategie als einen wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des Wirtschaftswachstums in Europa auf den Weg zu bringen und den Anteil des industriellen Sektors auf 20 % des BIP zu erhöhen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, einen integrierten Ansatz anzunehmen, der geeignete Antworten auf die wichtigsten Herausforderungen für Europa gibt, wie z. B. Demographie, Ressourceneffizienz und Klimawandel;

8. betont, dass im Rahmen der europäischen Industriestrategie Investitionen und Innovationen als die zentralen Bereiche für ein nachhaltiges und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum gefördert werden sollten, insbesondere durch Förderung von Sektoren, bei denen Europa in Forschung und Entwicklung eine Führungsposition einnimmt, sowie durch Anreize für gute Arbeitsbedingungen in den Unternehmen, in die Investitionen fließen;
9. begrüßt die Betonung eines nachhaltigen grünen Wachstums und neuer Technologien als Grundlage und Unterstützung dieses Wachstums durch die Kommission;
10. betont, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Innovationen in innovative Technologien und von ressourceneffizienten Produktionsweisen vollständig ausgeschöpft werden müssen;
11. begrüßt die Agenda, mit der Europa auf der Grundlage von nachhaltigen sowie ressourcen- und energieeffizienten Produktionsweisen auf den Weg der industriellen Innovation gebracht werden soll; fordert zur Verwirklichung dieser Ziele konkrete Maßnahmen, einschließlich die Verlagerung der Steuerlast von der Arbeit auf Ressourcennutzung und Umweltverschmutzung;
12. vertritt die Auffassung, dass der Schwerpunkt in der Industriepolitik verlagert und Europa zu einer zyklischen, nachhaltigen und biotechnologischen Wirtschaft umgebaut werden muss, in der die kaskadische Nutzung und die Grenzen des Ökosystems für biologische Ressourcen respektiert werden; fordert die Förderung langfristiger und kosteneffizienter Entwicklungsstrategien und einer grünen Wirtschaft auf der Grundlage nachhaltiger Erzeugungs- und Verbrauchsmuster auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene;
13. betont, dass die Mitgliedstaaten sich wieder auf Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen konzentrieren müssen, insbesondere durch Ausschöpfung des Potentials der grünen Wirtschaft; weist darauf hin, dass ein Umbau der Wirtschaft in diesem Sinne die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und wichtige Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen erschließen wird, was eine Grundvoraussetzung für die Erfüllung des EU-Beschäftigungsziels von 75 % bis 2020 ist;
14. fordert die Kommission auf, Lösungen wie ULCOS für herkömmliche grüne Technologien vorzuschlagen;
15. fordert die Kommission auf, insbesondere Frauen in der Industrie zu fördern;
16. betont, dass die EU die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen muss, dass ein investitionsfreundliches Klima herrscht, neue Technologien rascher zum Durchbruch kommen und die Ressourceneffizienz gefördert wird; betont, dass die EU-Rechtsetzung die strukturellen Unterschiede in den Mitgliedstaaten berücksichtigen muss, wobei eine faire Balance zwischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zielen aufrechterhalten und mögliche Konflikte zwischen diesen Zielen abgebaut werden sollten;
17. ist der Auffassung, dass die Bestimmungen der EU zur Stärkung von Innovationen beitragen und gleichzeitig die energetische Unabhängigkeit der Länder der Union sicherstellen; vertritt jedoch die Auffassung, dass ein Mangel an konkreten politischen

Zielen in den Bereichen Klima und Ressourceneffizienz verhindert, dass bestehende innovative Technologien vermarktet werden können;

18. fordert die Kommission auf, eine langfristige Energiestrategie für die europäische Industrie zu entwickeln, die den Übergang zur Nutzung erneuerbarer Energie fördert; fordert die Kommission auf, die Rolle zu berücksichtigen, die die Industrie bei der Verbesserung der Flexibilität des gesamten Energiesystems spielen könnte, so dass die Einbindung erneuerbarer Energiequellen ermöglicht wird;
19. vertritt die Auffassung, dass die europäische Industrie wie auch Einzelverbraucher von einer modernisierten Energieinfrastruktur wie etwa intelligenten Netzen profitieren würden, die dazu beitragen könnten, das einheimische Energiepotenzial zu maximieren und regenerative Quellen uneingeschränkt in die Energieversorgung einzubinden;
20. betont, dass der Binnenmarkt für Energie so schnell wie möglich verwirklicht werden muss;
21. begrüßt die Hinwendung zu einer mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (NIKT) verknüpften Energiewende;
22. weist darauf hin, dass die Kosten für Energie, Rohstoffe und Bodenschätze in einigen Wirtschaftszweigen einen großen Teil der Betriebskosten ausmachen; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung eines diversifizierten und ökologisch nachhaltigen Energiefächers, weist darauf hin, dass sich die Industriestrategie auf die zentralen Möglichkeiten konzentrieren sollte, die sich durch verbesserte Energie- und Ressourceneffizienz eröffnen; weist ferner darauf hin, dass dies die Wiederverwertung und Wiederverwendung von Werkstoffen sowie die Senkung der CO₂-Emissionen und des Werkstoffverbrauchs bei der Fertigung und beim Verbrauch beinhalten sollte; betont, dass auch aus der Analyse der Kommission hervorgeht, dass mit solchen Maßnahmen eine beträchtliche Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen werden könnte;
23. befürwortet nachdrücklich die Ausweitung der Rohstoffdiplomatie und anderer Initiativen der Kommission, wie etwa der länderspezifischen Berichterstattung, um den Zugang zu Rohstoffen sicherzustellen; fordert daher die Einrichtung eines internationalen Rohstoff-Forums, in dessen Rahmen Erfahrungen ausgetauscht, nationale Strategien verknüpft und Vorräte gemeinsam bewirtschaftet werden können, da dies den sich verschärfenden Wettlauf um Ressourcen eindämmen würde;
24. betont die dringende Notwendigkeit, die Effizienz des CO₂-Marktes der EU zu verbessern, um Investitionssicherheit für klimafreundliche Technologien zu schaffen;
25. fordert die Kommission auf, ökologische Produkte und Dienstleistungen rasch in den Binnenmarkt zu integrieren durch den ökologischen Fußabdruck;
26. betont die Notwendigkeit eines rechtlichen Rahmens, durch den Hersteller und Verbraucher angemessene Impulse zur Förderung von Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft erhalten; betont, dass die Konsolidierung bestehender Produktbestimmungen, wie etwa der Richtlinien über Ökodesign (2009/125/EG) und Energiekennzeichnung (2010/30/EU) und der Umweltzeichen-Verordnung im Hinblick auf

die Verbesserung der Umweltfreundlichkeit und Ressourceneffizienz von Produkten während ihrer gesamten Lebensdauer erforderlich sein wird, um der Zersplitterung und den Einschränkungen des Anwendungsbereichs des Acquis im Bereich des nachhaltigen Verbrauchs und der nachhaltigen Produktion entgegenzuwirken;

27. vertritt die Auffassung, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Produktion davon abhängt, ob Europa weltweiter Spitzenreiter bei ökoeffizienten Gütern und ökoeffizienter Produktion ist;
28. ist der Auffassung, dass die europäische Industrie nur dann eine Zukunft hat, wenn sie eine Kehrtwende vollzieht und konsequent ökologische Erfordernisse bei der Produktentwicklung, der Produktion und dem Transport berücksichtigt;
29. unterstützt die Ausweitung des entscheidenden Beitrags von Design und anderen nicht technologischen Innovationen zur Entwicklung hochwertiger Produkte und Steigerung von Produktivität und Ressourceneffizienz;
30. vertritt die Auffassung, dass eine erfolgreiche Industriepolitik der Einbindung von EU-Maßnahmen, die alle sich auf die Industrie auswirkenden Aspekte vereinen, sowie der schwerpunktmäßigen Suche nach Lösungen für die größten gesellschaftlichen Herausforderungen bedarf;
31. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu entwickeln oder aufrechtzuerhalten, mit denen die soziale Verantwortung der Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette – von der Rohstoffgewinnung über die Herstellung und den Handel bis hin zur Wiederverwertung – sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU gewährleistet wird;
32. unterstützt die Bemühungen der Kommission, die Investitionen in Humanressourcen und Qualifikationen zu erhöhen, die für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und den industriellen Wandel erforderlich sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, den Dialog zwischen den betreffenden Behörden und Sozialpartnern zu intensivieren, um die Verbindung zwischen Bildungssystemen und Arbeitsmarkt zu verbessern; fordert die Kommission auf, das Recht auf lebenslanges Lernen für alle Bürger sicherzustellen, die die Möglichkeit haben müssen, während ihres Erwerbslebens umzuschulen, da dies für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung ist;
33. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, unverzüglich und bis spätestens 2014 konkrete Pläne zur schrittweisen Abschaffung aller umweltschädlichen Subventionen bis 2020, zur verstärkten Verwendung von Marktinstrumenten, darunter eine Umstellung von der Besteuerung des Faktors Arbeit auf die Besteuerung des Faktors Umwelt, und zum Ausbau von Märkten für umweltfreundliche Güter und Dienstleistungen anzunehmen;
34. ist der Auffassung, dass Anreize für Formen des nachhaltigen Fremdenverkehrs in Verbindung mit dem Konsum lokaler Erzeugnisse die Wiederaufnahme von landwirtschaftlichen und handwerklichen Tätigkeiten sowie die Verbreitung von Kleinstunternehmen vor Ort fördern und als eine wesentliche wirtschaftliche Triebfeder dienen kann, um die Konjunktur wieder anzukurbeln und gleichzeitig für ein angemessenes Umweltmanagement, den Schutz von Kulturen und menschlichen

Siedlungsräumen sowie die Verhinderung hydrogeologischer Schäden zu sorgen;

35. ist der Auffassung, dass die Anwendung der allgemeinen Grundsätze der nachhaltigen und umweltgerechten Bauweise in der Bauindustrie Priorität haben sollten, wobei die Erhaltung und Verbesserung bestehender Bausubstanz von besonderer Bedeutung ist, was unter anderem durch die Umsetzung von Vorgaben zur Anpassung öffentlicher und privater alter Gebäude an gegenwärtige Standards in Bezug auf Wärmedämmung und Energieeffizienz erreicht werden könnte, die das Ziel haben, den Energieverbrauch zu senken.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	19.6.2013						
Ergebnis der Schlussabstimmung	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 100px;">+:</td> <td style="text-align: right;">54</td> </tr> <tr> <td>-:</td> <td style="text-align: right;">7</td> </tr> <tr> <td>0:</td> <td style="text-align: right;">5</td> </tr> </table>	+:	54	-:	7	0:	5
+:	54						
-:	7						
0:	5						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	<p>Martina Anderson, Elena Oana Antonescu, Kriton Arsenis, Sophie Auconie, Pilar Ayuso, Sandrine Bélier, Lajos Bokros, Franco Bonanini, Martin Callanan, Nessa Childers, Yves Cochet, Tadeusz Cymański, Chris Davies, Esther de Lange, Anne Delvaux, Bas Eickhout, Jill Evans, Karl-Heinz Florenz, Elisabetta Gardini, Matthias Groote, Françoise Grossetête, Cristina Gutiérrez-Cortines, Satu Hassi, Jolanta Emilia Hibner, Karin Kadenbach, Christa Kläß, Eija-Riitta Korhola, Holger Kraahmer, Jo Leinen, Corinne Lepage, Peter Liese, Kartika Tamara Liotard, Zofija Mazej Kukovič, Linda McAvan, Miroslav Ouzký, Vladko Todorov Panayotov, Gilles Pargneaux, Andrés Perelló Rodríguez, Mario Pirillo, Pavel Poc, Frédérique Ries, Oreste Rossi, Dagmar Roth-Behrendt, Kārlis Šadurskis, Carl Schlyter, Horst Schnellhardt, Richard Seeber, Theodoros Skylakakis, Claudiu Ciprian Tănăsescu, Salvatore Tatarella, Thomas Ulmer, Glenis Willmott, Sabine Wils, Marina Yannakoudakis</p>						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	<p>Romana Jordan, Judith A. Merkies, Miroslav Mikolášik, Christel Schaldemose, Renate Sommer, Eleni Theoharous, Marita Ulvskog, Kathleen Van Brempt, Andrea Zanoni</p>						
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	<p>Fabrizio Bertot, Bill Newton Dunn, Konrad Szymański</p>						